

Er erscheint täglich
von 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstadt 53.
Sprechstunden der Redaction:
Bismarckstr. 10-12 Uhr
Nachmittags 4-6 Uhr.

Alle in diesem Blatt veröffentlichten Nachrichten sind
in Redaction nicht verbindlich.

Abnehmer der für die nächsten Monate
bestimmten Exemplare an
Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags,
an Sonn- und Festtagen früh bis 10 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Unterwallstraße 22,
Leipzig, Auf dem Postamt 15, 2,
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,850.

Abonnementspreis viertel. 4 1/2 Mk.,
incl. Postgebühren 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.,
Zwei einzelne Nummern 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postgebühren 25 Pf.,
mit Postgebühren 40 Pf.

Inferate 6000 pro Zeile 20 Pf.,
Größere Sorten laut unserem Preis-
verzeichnis.
Tabellarischer Satz nach Köhlers Tarif.

Reclamen unter den Redactionsbriefen
die Spalte 20 Pf.
Inferate sind frei an die Expedition zu
lesen. — Abdruck wird nicht gegeben.
Bezahlung pro numerando oder durch Post-
nachnahme.

№ 190.

Sonnabend den 9. Juli 1881.

75. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 10. Juli,
Vormittags nur bis 1/2 9 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,

die staatliche Einkommensteuer betr.
In Gemäßheit des Finanzgesetzes vom 8. März vorigen
Jahres und der Ausführungsverordnung dazu von demselben
Tage ist der zweite Termin der diesjährigen Staatseinkommen-
steuer
am 15. Juli dieses Jahres
zu einem Dritteltheile des Gesamtbetrages fällig.
Die hierzu Steuerpflichtigen werden deshalb aufgefordert,
ihre Steuerbeträge ungehindert und spätestens binnen drei
Wochen, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-
Steuerkasse, Bismarckstr. 11, 2. Stock, bei Vermeidung der
nach Ablauf dieser Frist gegen die Einkünfte eintretenden
gesetzlichen Maßnahmen abzugeben.
Leipzig, den 6. Juli 1881.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung,

die Beiträge zur Handels- und Gewerbekammer
betr.
Mit dem
am 15. Juli dieses Jahres
falligen zweiten Termine der staatlichen Einkommensteuer ist
zu Folge ergänzender Bestimmung des königlichen Finanz-
ministeriums vom 1. vorigen Monats bezugs Deckung des
Aufwandes der hiesigen Handels- und Gewerbekammer von
den beteiligten Handels- und Gewerbetreibenden ein Beitrag
für die Handelskammer nach Höhe von
zwei Pfennigen
für die Gewerbekammer nach Höhe von
zwei Pfennigen
auf jede Mark desjenigen Steuerbetrages, welcher nach der im
Einkommensteuergesetz enthaltenen Scala auf das in Spalte 4
des Einkommensteuerzettels eingetragene Einkommen der Be-
tragspflichtigen entfällt, zu erheben.
Diese Bekanntmachung gilt als legale Bevollmächtigung
der Beitragspflichtigen.
Den beteiligten Steuerpflichtigen wird bei Abführung der
Einkommensteuer an die Einkommensteuer-Erhebung über den
entfallenden Betrag gemacht werden, es ist ihnen jedoch auch
unwesentlich, gebührenden Beitrag sich von heute ab an Ein-
nahmekassen bekannt machen zu lassen.
Der Betrag ist binnen drei Wochen, von dem Ter-
mine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuerkasse, bei
Vermeidung der sonst eintretenden gesetzlichen Maßnahmen,
abzuführen.
Leipzig, den 6. Juli 1881.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung,

die katholische Kirchenanlage betr.
Zur Deckung des Bedarfs für die römisch-katholischen
Kirchen der Erlange ist für das laufende Jahr eine Parochial-
anlage nach Maßgabe der Verordnung vom 4. April 1879 in
Höhe von
zwanzig Pfennigen von jeder Mark des normal-
mäßigen Einkommenssteuerbetrages
am 15. Juli dieses Jahres
zu erheben.
Die hierzu beitragspflichtigen katholischen Glaubensgenossen
werden durch nachfolgende, ihre Zahlungspflicht bei unserer
Stadt-Steuerkasse, Bismarckstr. 11, binnen drei Wochen,
von dem Termine ab gerechnet, zu erfüllen, widrigenfalls
nach Ablauf dieser Frist gegen die Einkünfte das vorgeschriebene
Betriebsverfahren einzuleiten ist.
Leipzig, den 6. Juli 1881.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung,

die katholische Kirchenanlage betr.
Zur Deckung des Bedarfs für die römisch-katholischen
Kirchen der Erlange ist für das laufende Jahr eine Parochial-
anlage nach Maßgabe der Verordnung vom 4. April 1879 in
Höhe von
zwanzig Pfennigen von jeder Mark des normal-
mäßigen Einkommenssteuerbetrages
am 15. Juli dieses Jahres
zu erheben.
Die hierzu beitragspflichtigen katholischen Glaubensgenossen
werden durch nachfolgende, ihre Zahlungspflicht bei unserer
Stadt-Steuerkasse, Bismarckstr. 11, binnen drei Wochen,
von dem Termine ab gerechnet, zu erfüllen, widrigenfalls
nach Ablauf dieser Frist gegen die Einkünfte das vorgeschriebene
Betriebsverfahren einzuleiten ist.
Leipzig, den 6. Juli 1881.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung,

- Das 5. Stad. des diesjährigen Gesetz- und Verordnungs-
blattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen
und wird bis zum 22. ds. Mts., auf dem Rathhause
zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen.
Dasselbe enthält:
- Rr. 23. Bekanntmachung, die Richtungslinie der Eisen-
bahn von Chemnitz nach Zwickau betreffend; vom 4. Juni 1881.
 - Rr. 24. Verordnung, die Errichtung des Sportplatzes
im Proetz betreffend; vom 13. Juni 1881.
 - Rr. 25. Verordnung, die Bestellung von Commisaren
für die Ergänzungswahl zur II. Kammer
der Städteverammlung betreffend; vom
13. Juni 1881.
 - Rr. 26. Bekanntmachung, die Richtungslinie der Chemnitz-
Zwickauer Eisenbahn betreffend; vom
16. Juni 1881.
 - Rr. 27. Verordnung zu weiterer Ausführung des
Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Verbot
zur Aufnahme von Protokollen und zu
Verhandlungen bei Justiz- und Verwaltungs-
behörden betreffend; vom 1. Juni 1881.
 - Rr. 28. Verordnung, die Publikation einer Trenn-
ordnung betreffend; vom 23. Juni 1881.
- Leipzig, den 7. Juli 1881.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung,

die Landtagswahl im I. Wahlkreise der Stadt
Leipzig betreffend.
Das Ergebnis der am 12. d. M. im I. Wahlkreise der
Stadt Leipzig stattfindenden Ergänzungswahl für die
II. Kammer wird von dem unterzeichneten Wahlcommissar
Donnerstag, den 14. d. M., Nachmittags 4 Uhr
im Rathhause I. Etage, Sectionszimmer,
zusammengestellt und veröffentlicht werden.
Zu dieser Wahlhandlung haben alle Stimmberechtigten
 Zutritt.
Leipzig, den 8. Juli 1881.
Der Wahlcommissar
für die Ergänzungswahl zur II. Kammer
im I. Wahlkreise der Stadt Leipzig.
Dr. Trübner.

Bekanntmachung,

die Landtagswahl im 3. Wahlkreise der Stadt
Leipzig betreffend.
Das Ergebnis der am 12. d. M. im 3. Wahlkreise der
Stadt Leipzig stattfindenden Ergänzungswahl für die II.
Kammer wird von dem unterzeichneten Wahlcommissar
Donnerstag, den 14. d. M., Vormittags 10 Uhr
im Rathhause I. Etage, Zimmer Nr. 16
zusammengestellt und veröffentlicht werden.
Zu dieser Wahlhandlung haben alle Stimmberechtigten
 Zutritt.
Leipzig, den 8. Juli 1881.
Der Wahlcommissar
für die Ergänzungswahl zur II. Kammer
im 3. Wahlkreise der Stadt Leipzig.
Dr. Wesserschmidt, Stadtrat.

Auctions-Bekanntmachung.

Im Auctionslocale des unterzeichneten Rathes, Gerber-
straße Nr. 10, Hof I. Etage, sollen
am 13. Juli 1881, Vormittags 9 Uhr
2 Schreibertische, 3 Reibeschränke, 3 Hühlerische
Sophas, Wand- und Tischuhren, 1 größeres
Partie Kleiderkasten, 1 goldener Ring u. c.
an den Meistbietenden öffentlich versteigert werden.
Leipzig, am 2. Juli 1881.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rath.

Bekanntmachung,

Es soll ein neuer Fahrweg von der Kreuzung des Hohl-
wegs und Städtewegs in Neustadt nach der Eisenbahn-
Unterführung des alten Thonberg-Städtewegs her-
gestellt und die damit verbundenen Erd- und Mauerbauarbeiten
an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten
liegen im Rathhause, 2. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und
kann daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Bezügliche Offerten sind bis Freitag, den 11. d. M.,
Nachmittags 5 Uhr abzugeben.
Leipzig, den 8. Juli 1881.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rath.

Bekanntmachung,

Der diesjährige internationale Producersmarkt in
Leipzig wird
Montag den 1. August d. J.
in dem Honorarischen Etablissement im Rosenthal,
nicht weit von unserer Bekanntmachung vom 11. d. M. Monat
angegeben, in den Räumen des alten Schützenhauses, abgehalten.
Leipzig, den 25. Juni 1881.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rath.

Bekanntmachung,

Nach den Verfügungen des Herrn Geh. Rath Prof. Dr.
Reiche betrug die Anzahl der hiesigen Reichspostämter
am 1. Juni d. J. 157, wovon 147 in der
Normalzahl betragen und 10 überzählig waren.
Leipzig, den 7. Juli 1881.
Der Rath's Deputation zur Gassenwahl.

Das den Rath und im Sinne des am 15. Juni a. e. ent-
schlossenen Herrn Carl Friedrich Oswald folgt und der unter-
zeichneten Deputation von Herrn Carl Friedrich Oswald
betreffend die Veräußerung des bei der verstorbenen
Herrn Carl Friedrich Oswald, deren Wittwen und
Waisen — überlassen worden.
Das im Sinne des hochverehrten Verstorbenen, welcher bei
seinem unerwartlichen Hinscheiden auch noch ein
mit richtigem Verständnis abgemacht wurde, ist durch seine
Erbengemeinschaft, dessen Mittel noch außer Verhältniß zu den
auf ihn angefallenen Verbindlichkeiten stehen, eine höchst er-
wünschte Gelegenheit, für welche die unterzeichnete Deputation
ihren in diesem Sinne ausspricht.
Leipzig, den 8. Juli 1881.
Die Deputation,
Dr. Wasmuth, Vors.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 9. Juli.
Trotz der strengeren Handhabung des Socialisten-
gesetzes liefern die Berichte der letzten Tage den Beweis,
dass die Socialdemokratie sich anständig, mit äußerster
Energie dem Wahlkampf anwendet. Es ist bekanntlich das
erste Mal, dass unter der Herrschaft dieses Gesetzes die
Socialdemokratie in die Wahlbewegung eintritt.
Als bisher einzelne Nachwähler hatten, war ein
wesentlicher Rückgang der Partei nicht zu merken. Und man
wird sich auch bei den bevorstehenden Wahlen allzu selten
Offnungen auf den Niedergang dieser Bewegung nicht
hinwenden dürfen. Freilich hat diese Partei in der öffent-
lichen Agitation die Hände gebunden, allein es hat natür-
gemäß noch immer Händel genug vorhanden, mit denen die
Bewegung aufrecht erhalten und die Wahlfähigkeit geliebt

wird. Wenn wir uns darauf gefaßt machen, dass die
Anzahl der abgegebenen socialdemokratischen Stimmen auch
unter der Herrschaft des Socialistengesetzes einen erheblichen
Rückgang gegen früher nicht ausweisen, so sind wir damit doch
sehr entfernt davon, zuzugeben, dass sich dieses Gesetz nicht
besonders und seinen Zweck verfehlt habe. Dass man die social-
demokratische Bewegung mit diesem Gesetz gänzlich unter-
drücken könne, wird wohl Niemand annehmen haben; man
kann nur danach streben, die äußere Agitation und Auf-
regung zu erlösen. In wie weit die positive heilende Thätig-
keit der bürgerlichen Gesellschaft mit der Anwendung der
Unterdrückungsmaßregeln gleichen Schritt gehalten hat,
wollen wir heute nicht untersuchen; zu sehr bedrückten
Ergebnissen würden wir schwerlich gelangen. Die
socialpolitische Reform, welche der Reichstagler in der
verlorenen Session in Angriff genommen hat, ist bis
heute an der Unreife der gethatsamten Vorschläge geblieben;
wir hegen aber doch das Vertrauen, dass diese Vorschläge,
soweit sie von gesunden Grundgedanken ausgehen, erreichbare
Ziele anstreben und nicht lediglich als leicht hingeworfene
lockende Botschaften für die Wähler sich erweisen, ihrer
Bewirkung vielmehr schon in der demnächst beginnenden
Gesetzgebungsperiode entgegengebracht werden. Es scheint uns
in liberalen Interessen durchaus nicht nachtheilig, der von
dem Reichstagler eingeschlagenen Bahn socialpolitischer
Reform jede Berechtigung und jede Aussicht auf Durch-
führbarkeit den vorerwähnten Vorschlägen; man wird
freilich mit größter Vorsicht und Besonnenheit diesen theil-
weise ganz unübersehbaren Plänen mit ihren weittragenden
Folgen entgegenzutreten, man wird gewisse Bestandtheile
des socialpolitischen Reformprogramms des Reichstaglers
prinzipiell die Zustimmung verweigern müssen. Allein es
bleibt unbestreitbar ein Kern wohlgeleiteter, erfolgversprechen-
der und auch praktisch ausführbarer Vorschläge, über die sich
alle Parteien mit der Regierung verständigen könnten und
vielleicht auch werden, wenn einmal diese Fragen den Würden
des Reichstages entgegen sein werden.

Eine interessante Frage ist nun aber auch, wie die Ver-
sprechungen und Reformversuche des Reichstaglers auf die
Haltung der Socialdemokraten bei den Wahlen wirken werden.
Diese Partei wird ja eine erhebliche Zahl von Abgeordneten
auf keinen Fall durchbringen, wohl aber ist sie in vielen
Wahlkreisen in der Lage, einen bedeutenden Einfluss auf den
Ausfall der Wahl auszuüben, sie wird in mehr als einem
Wahlkreis, wo sie selbst nicht durchdringen vermag, durch
das Ueberwiegen ihrer Stimmen den Ausschlag zwischen Condi-
daten anderer Parteien zu geben haben. Dass sich eine
besondere Ermüdung für die Reformpläne des Reich-
staglers in den Kreisen, in denen die Socialdemo-
kratie ihre höchsten Wurzeln hat, kundgegeben hätte,
wird man nicht behaupten können. Andererseits haben aber die
Liberalen auch Unterstützung seitens der Socialdemokratie
schwerlich zu erwarten, höchstens in dem Fall, dass sie sich
verpflichten, einer weiteren Verlesung des Socialistengesetzes
nicht zuzustimmen; eine derartige Verpflichtung wird aber wohl
nur die Fortschrittspartei übernehmen.

In welcher Richtung das nicht zu unterschätzende Gewicht
der socialdemokratischen Stimmen schließlich in die Wahl-
ergebnisse fallen wird, lässt sich nicht mit Sicherheit
sagen, freilich ist es ein heutzutage schon schwer
berechenbarer Factor. Die Möglichkeit, dass man da und dort
einmal der conservativen Bedenken nachgeben, möchten wir aber
nicht für ausgeschlossen halten.

Der den slavischen Excessen in Prag zuseht, der
nach sich über zwei Dinge wundern, zunächst über die Frech-
heit der slavischen Agitatoren und des auf ihre Anführung
hinterher, lebenden, prägelenden und fröhlich einvoehenden
Pöbels, dann aber auch über die Unthätigkeit der Behörden.
Kein Mensch, der jemals einen Volkstummel und dessen Unter-
drückung gesehen hat, wird behaupten wollen, dass die Behörden
in Prag gehorchen haben, wie sie thun konnten und mussten.
Ein paar Compagnien des Militärs hätten, bei energischer
Handhabung ihrer Macht, den Tummeln ein rasches Ende
bereiten und ihre Wiederholung unmöglich machen können.
Aber das ist nicht geschehen; noch selten ist der Pöbel so sehr
gehört worden wie bei diesem Anlauf und man hat sich wohl
gehört, den Herren Rathherren nebe zu thun. Es ist wenig
absehbar keine Garantie gegen eine Wiederholung der Excesse
vorhanden. Währenddem wird die deutsche Presse verfolgt, die
sich über die geschehenen Excesse beklagt, und es fehlt nur
noch, dass eine gesetzliche Majorität im österreichischen Reichs-
rath beschließt, die lehrerunwürdigen Straßenzüge in Prag
hätten sich um das Bataillon verdient gemacht. Und doch
wird es kaum eines roheren und abscheulichen Fanatismus
geben, als der, welcher soeben in Prag Platz gegriffen hat.

Man glaubt in Wien, man werde die Lebensdauer des
Reiches verlängern, wenn man den Gehen recht viel Pöbel
und Gutes erweilt, und man denkt sich dadurch an Habeburg
zu stellen und den Gedanken an ein großes pan-slawisches
Reich abzuschneiden, zu dem sich die Gehen naturgemäß
hingezogen fühlen. Daher verfolgt man die Deutschen und
protegiert die Gehen. Selbst wenn, wie es ab und zu ge-
schah, die Gehen einmal weit wurden und gegen Oesterreich
die Waffen erhoben, würden sie so schnell wie nur möglich
beendet. Das größte Beispiel dieser Art gab der Prager Aufstand
im Sommer 1848, bei welchem der bekannte Fürst Windischgrätz so
schnell wie möglich verfuhr, ja sogar nach dem Siege der
österreichischen Truppen keine humanitären Einrichtungen vor-
nehmen ließ, während in dem deutschen Wien das Gegen-
theil geschah. Es gelang 1848 allerdings, die Gehen als Gegen-
gewicht gegen Deutsche und Magyaren aufzubringen und
dadurch den Zerfall des österreichischen Kaiserthums, der
damals sehr nahe, in Aussicht zu nehmen. Man

hatte dazu aber auch russische Hilfe nötig, ein Beweis, wie
wenig ein wie Oesterreich so mühsam zusammengehaltener
Staates- und Völkerconglomerat einem größeren Stöße zu
widerstehen vermag.
Aber was hat man aus diesen Dingen gelernt, die doch
deutlich genug mit Blut und Tränen in der Geschichte
Oesterreichs verzeichnet stehen? Nichts, denn heute beginnt
das alte Spiel von vorne; Herr Krieger in Prag ist
wieder einer der mächtigsten Männer des Reichs und die
geschehene Herrschaft hat es glücklicherweise so weit gebracht,
dass man die Schuldzeit verlässt hat. Denn die Rückkommen
der Russen können jetzt gern Schuler an Schuler mit
dem Ultramontanismus. Herr Krieger und Vater Creuter
verleihen sich ganz gut. Und das Ende ist, dass die
Kaiser Oesterreich die traurigen und kleinen Nationali-
tätsfreiheiten mit ihrer Freiheit und mit ihrem Wohlstand
behalten müssen. Denn natürlich Weise nimmt diese ewige
Concurrenz der einzelnen Staaten und Völker um den
politischen Vorrang im Kaiserreich die Regierungen, die
Parlamente und die Völker selbst so sehr in Anspruch, dass
an eine ernsthafte Arbeit auf anderen Gebieten und in anderen
Verbindungen kaum gedacht werden kann. Die Selbstständigkeit
der Ungarn ist die letzte große That in diesem seltsamen Reiche
gemeint; seitdem köpft sich ein freies und unerschütterliches
politisches Leben hin, nur unterbrochen von ökonomischen und
finanziellen Calamitäten oder von Specialgesetzen wie jüngst in
Prag. Da ist wieder die Lust nach dem Zeug zu einem großen
ausführenden Reformplan für die Finanzen, deren ärmliche Be-
rückung in Oesterreich Staatsleben so tief eingegriffen
Wahlkreisen und politischen Ungleichheiten aufzuheben;
da ist nirgend ein freies Volk, welches in man möchte
sagen, vorwärtliche Atmosphäre, zu reinigen im Stande wäre.
Jedes Aufschwung, jedes Fortschritt hängt das Vertrauen,
die Ehrlichkeit und der Reiz zwischen den einzelnen Stimmen.
Wie lange sich das noch so fortsetzen mag, ist jetzt
nicht abzusehen; man wird aber der Strafe dafür nicht ent-
gehen können, dass man in Oesterreich das deutsche Element
vernachlässigt, ja man möchte sagen hintangesetzt und sich
den weit weniger bildungsfähigen und zur Entweidung
geeigneten Gehen in die Krone gemischt hat. Den Deutschen
hat Oesterreich von seinem Wohlstand herabgelassen und man
zu verbanen, den Gehen herabgelassen am meisten.

So verkennt man in Oesterreich die Natur und die Wis-
tung der Kräfte, auf die man doch angewiesen ist, und
wendet auf neue Verhältnisse immer noch die alte verbrauchte
Staatsweisheit an. Daher die Stagnation im politischen
Leben, so dass sich außerhalb Niemand mehr für dasselbe zu
interessieren vermag. Das alte Oesterreich steht abgetrieben im
Kreie der Nationen. Die Gehen werden es nicht zu ver-
jüngen vermögen.

Das preussische „Militärwachenblatt“ veröffentlicht
ein Schreiben, welches der Kaiser am 17. März d. J. an
den Fürsten von Hohenzollern gerichtet, der an jenem
Tage seine fünfzigjährige militärische Laufbahn vollendet hat.
Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:
„Es königlichen Heeres gerührt, es mir zum besonderen
Vergnügen, sowohl meine persönlichen Glückwünsche, wie diejenige
meiner Arme zu der Feier des Tages auszusprechen zu können, an
welchem Sie vor 50 Jahren in den Militärdienst getreten sind.
Ich habe in dem Rückblick auf diese 50 Jahre so viele Beweise von
Anpassung und Hingabe für das Wohl unversätreteter, so
viele Beweise freudigster Hingabe für die Sache und ein
so fortwährendes, zum Theil durch persönliche Dienste in
den wichtigsten Situationen bewährtes Interesse für meine
Arme, dass ich in der That mit dem wärmsten Theil im Herzen
an dem königlichen Heere und an dem Ausdauern der militärischen
Berufung, mit denen Sie Ihr Dienstjahr feiern, beglück-
wünsche. Ich bin überzeugt, dass die 50 Jahre voll segensreicher
Wirksamkeit, die Sie königlichen Heere in den Diensten der
Gerechtigkeit und in die dankbare Erinnerung vieler Vorkämpfer, von denen in die
Weisheit, die sich in der That, nach wie andere folgen zu
lassen — das ist mein lebhaftester und herzlichster Wunsch, und
wünscht mit mir meine Arme, die heute auch mit Sieg davon
gehebt, dass sie den Namen eines Ihrer Soldaten auf den Ehren-
listen der Befehlshaber führt. Berlin, den 17. März 1881.
Der königliche Heere von Preussen kaiserlicher Heere König Wilhelm.“

Nach der seiner Verlegung hielt sich der Bundesrath
(auch zwar am Donnerstag) eine Versammlung ab. Auf der
sehr umfangreichen Tagesordnung standen u. a. eine Vorlage,
betreffend die Befestigung der Mitglieder der Commission zur
Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs,
die Beschlagung über die Verträge, betreffend den Entwurf
eines Gesetzes wegen des Beitrags des Reichs zu den Kosten
des Beschlusses von Hamburg, ferner der Bericht des 3.,
4. und 7. Ausschusses, betreffend den Beschluß der Unter-
kommission, mündliche Berichte des 3. Ausschusses, betreffend die
Vorarbeiten über die Vernehmung von Zeugnissen, mündliche
Berichte des 3., 4. und 7. Ausschusses über die
Ausführung des Beschlusses von Hamburg, über die An-
stellungsvorschläge zum Gesetz über die Reichshauptstadt
und über die Relation des Reichstags, betreffend die Kosten
des Beschlusses von Altona.

Man schreibt uns aus Berlin: Auf Grund besser und
soeben zugangener Informationen können wir mittheilen,
dass die Reichstagswahlen nicht im September, sondern erst
im October stattfinden werden. Ein ganz sicherer Entschluss
über den Termin selber ist noch nicht gefasst, doch liegt Anlauf
zu der Vermuthung vor, dass der Wahltag nicht in den
Anfang und nicht in das zweite Drittel des October
fallen wird.

Die telegraphische Meldung von einem Dankschreiben,
welches Fürst Bismarck einem conservativen Vereine zu
Münster hat zugesagt lassen, scheint zu beweisen, dass die
höfliche Mittelstellung des „Staatsanzeigers“, es würden
den Reichstagler während seiner Curie in Kissingen keinerlei
amtliche oder außeramtliche Einschüchterung vorgelegt werden,
nicht allzu weitlich zu verleben ist. Wenn es sich um die
Wahlen handelt, und um die Vertheilung der Relationen
der conservativen, christlich-socialen und antisocialen Vereine
und noch mehr die Antwortschreiben des Reichstags, so wird
man schon eine Ausnahme zulassen. Graf Wilhelm Bismarck,
der ja nach Paul Lindau („Der Reich“) im täglichen Um-
gange mit seinem Vater ununterbrochen „auf den höchsten
Stapel menschlichen Erbennens“ wandelt, wird schon die richtige
Auswahl treffen können.
Die Nachricht der Prager „Politik“, dass Fürst Bismarck
dem Baron Haymerle den Wunsch zu erkennen gegeben habe,